

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Vorschlag für Anträge in ver.di Untergliederungen und an den Bundesvorstand von ver.di

TTIP und CETA müssen weg

Für die Demos am 17.9. mobilisieren -

Gewerkschaftliche Kampfkraft einsetzen

Die Freihandelsabkommen TTIP zwischen USA und EU und das bereits ausverhandelte CETA zwischen EU und Kanada bedeuten für Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnen in allen betroffenen Ländern weitere brutale Verschlechterungen:

- Verschärfter Druck zu Privatisierungen und Verkauf öffentlichen Eigentums
- Abbau von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten
- Aushebelung von Sozialstandards
- Aushebelung von Datenschutzregelungen
- Aushöhlung von Umweltschutzbestimmungen

Wie immer werden Wachstum und mehr Arbeitsplätze versprochen. Doch kein Freihandelsabkommen kann verhindern, dass die systemimmanenten Widersprüche früher oder später auch hierzulande zu einem erneuten wirtschaftlichen Einbruch führen werden. Was die Industrie- und Bankenbosse international anstreben, ist eine Steigerung der Profitmöglichkeiten und der Ausbau ihrer Konkurrenzstellung. Schon andere Freihandelsabkommen wie zum Beispiel EPA zwischen der EU und den afrikanischen Staaten dienen dazu, die großen Konzerne zu stärken und gehen zu lasten der Masse der Bevölkerung (hier vor allem in Afrika). Auch TTIP und CETA (oder auch das Mega-Freihandelsabkommen TISA zwischen USA, EU und 19 weiteren Wirtschaftsnationen) sind dazu da, um die völlige Unterordnung der Interessen der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung international unter das Diktat der Konzerne und Banken in USA, EU und anderer Wirtschaftsmächte zu erreichen.

Konzernchefs und Regierungspolitiker interessiert nicht, wenn es in einzelnen Ländern bereits (wie auch in Deutschland) eindeutige Mehrheiten gegen die Projekte gibt. BDI Chef Ulrich Grillo fordert die Umsetzung von TTIP noch in diesem Jahr: "Ein TTIP light kommt für uns nicht in Frage." Er schlägt der EU Kommission vor "Sorgen ernst zu nehmen", indem sie erklären soll, dass von einem "starken TTIP alle etwas hätten"(Meldung vom 15.05.16, u.a. in Finanzen.net). Mit anderen Worten: es muss einfach etwas bessere Werbepropaganda her.

Abgesehen davon ist den meisten nicht bewusst, dass bereits mit der Umsetzung von CETA die meisten Verschlechterungen zur Realität werden. Denn CETA sieht vor, dass jedes Unternehmen, das in den Mitgliedsländern ein „substantielles Geschäft“ betreibt von Investor-Staat-Klageregeln im Sinne von Investitionsschutzabkommen Gebrauch machen kann. (siehe

<http://know-ttip.eu/ceta/>). Damit können auch die meisten US-Konzerne davon Gebrauch machen, da fast alle in Kanada aktiv sind.

CETA ist bereits ausverhandelt. Es soll nun durch die nationalen und das EU-Parlament ratifiziert werden. Eine Verhinderung desselben ist genauso wichtig, wie die Verhinderung von TTIP.

Es ist gut, dass ver.di und der DGB zu den Organisationen gehören, die zu Protesten gegen TTIP und CETA aufrufen. Gleichzeitig sollten keine Illusionen in irgendeine Art von besserem TTIP oder CETA durch mehr Verhandeln geschürt werden.

Vor allem müssen umgehend Schritte eingeleitet werden, um diese Abkommen tatsächlich zu Fall zu bringen. Großdemonstrationen allein reichen nicht aus. Die Gewerkschaften haben die potentielle Kraft, den Druck in die Betriebe und auf die Straße zu bringen. Diejenigen, die das größte Interesse an den Freihandelsabkommen haben, die Konzerne und Banken, lassen sich letztlich nur beeindrucken, wenn ihnen wirtschaftliche Schaden droht, Das kann letztlich nur durch Arbeitsniederlegungen erreicht werden. Deshalb haben die Gewerkschaften eine Schlüsselrolle, um TTIP und CETA zu stoppen.

Wir fordern:

- Mobilisierung zu den regionalen Großdemonstrationen am 24.9. durch ver.di sowie alle DGB Gewerkschaften; Bereitstellung von Bussen.
- Flugblattverteilungen in Betrieben, Dienststellen, Krankenhäusern.
- Infoblätter zu möglichen Folgen von TTIP und CETA für verschiedene Bereiche wie u.a. Gesundheitswesen, Wasserversorgung, Verkehrsunternehmen, Bildungswesen etc.
- Vertrauensleute- und Mitgliederverammlungen zur Information und Vorbereitung; Nutzen von Betriebsversammlungen zur Aufklärung und Mobilisierung zur Demonstration
- Demonstration als Auftakt für betriebliche Aktionstage nutzen.
- Eskalationsstrategie entwickeln – von verlängerten Betriebsversammlungen, Mittagspausen hin zu bundesweiten betrieblichen Protesten
- Schritte zur europaweiten Koordinierung landesübergreifender Proteste